



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.

Hinweis: Die Postulate und Motionen können online abgerufen werden unter <http://www.baselland.ch/Geschaefte.273412.0.html>

Datum: 10. März 2015

Nummer: 2015-041

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat**

betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.

vom 10. März 2015

Inhalt	Seite	Seite	
1 Einleitung			
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden	
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion	
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate	6
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen	9
2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate	10
- 2.2.2 Motionen	2	- 3.2.2 Motionen	11
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion	
- 2.3.1 Postulate	2	- 3.3.1 Postulate	11
- 2.3.2 Motionen	5	- 3.3.2 Motionen	13
2.4 Sicherheitsdirektion		3.4 Sicherheitsdirektion	
- 2.4.1 Postulate	5	- 3.4.1 Postulate	14
- 2.4.2 Motionen	5	- 3.4.2 Motionen	14
2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion		3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	
- 2.5.1 Postulate	5	- 3.5.1 Postulate	14
- 2.5.2 Motionen	6	- 3.5.2 Motionen	16
2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat		3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat	
- 2.6.1 Postulate	6	- 3.6.1 Postulate	17
- 2.6.2 Motionen	6	- 3.6.2 Motionen	17
4 Anträge		17	

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2014** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2013** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

Keine

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 [2009/084](#); Postulat von Madeleine Göschke vom 26. März 2009: Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen ab 50; überwiesen am 25/03/2010

Wurde mit der Vorlage 2014-251 beantwortet.

Antrag auf Abschreibung

2.2.1.2 [2012/070](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 8. März 2012: Eignerstrategie für unsere Kantonsspitäler; überwiesen am 29/11/2012

Der Regierungsrat hat die Eigentümerstrategie für das KSBL am 2.12.2014 und jene für das UKBB gemeinsam mit dem Regierungsrat Basel-Stadt am 9.12. 2014 verabschiedet. Die Eigentümerstrategie für die PBL soll im ersten Quartal 2015 verabschiedet werden.

Antrag auf Abschreibung

2.2.1.3 [2012/357](#); Postulat von Franz Hartmann vom 29. November 2012: Änderung des Tourismusgesetzes (SGS 503) § 6 Evaluation; überwiesen am 30/05/2013

Die VGD plant, die Evaluation des Leistungsauftrags an Baselland Tourismus künftig selbst durchzuführen bzw. als Masterarbeit für eine/n Studierende/n auszuschreiben.

Antrag auf Abschreibung

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 [2007/166](#); Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund; überwiesen am 24/04/2008

Im Rahmen der Überprüfung der Staatsverträge zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft wird auch die Vereinbarung über die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) und die Baselland Transport AG (BLT) von 1982 von einer gemeinsamen Verhandlungsdelegation überprüft. Mit der Überprüfung wird eine Optimierung der Steuerung des öffentlichen Nahverkehrs durch die beiden Kantone angestrebt.

Der erste Zwischenbericht führte zum Entscheid, die Schaffung eines Verkehrsverbundes vertieft zu prüfen. Der Verkehrsverbund würde die Angebotsplanung und Leistungsvergabe bzw. -bestellung aus einer Hand

übernehmen und zudem die Tarife zentral bewirtschaften. Der TNW würde damit in den Verkehrsverbund integriert.

Die vertiefte Prüfung der Schaffung eines Verkehrsverbundes erfolgt im 2015. Ziel ist ein Grobkonzept, das die Grundzüge eines Verkehrsverbunds für den Raum Basel enthält. Das Grobkonzept wird damit unter anderem Fragen wie Kompetenzen, Aufgaben und Organisation behandeln.

Der TNW hat in den letzten zwei Jahren eine Reorganisationsphase durchgemacht. Als erster Schritt wurde die Geschäftsstelle ausgelagert - bis dahin war sie bei einer Transportunternehmung (BLT) angesiedelt - und eine unabhängige Geschäftsführung eingesetzt. Als zweiter Schritt wurde am 5. Dezember 2014 der TNW neu organisiert. Anstelle der einfachen Gesellschaft tritt nun der Verein TNW. Damit wurde einerseits die Schaffung eines Verkehrsverbundes vertieft untersucht und andererseits die Weiterentwicklung des TNW hin zu einem Verkehrsverbund angestrebt.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.2 [2008/028](#); Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring/Allschwil; *überwiesen am 13/11/2008*

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 der Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI zugestimmt. Grundlage der Ausbauten ist das Strategische Entwicklungsprogramm STEP, welches alle 5 - 7 Jahre einen Ausbauschritt vorsieht, der vom Bundesparlament beschlossen wird.

Für die Planungen des Regionalverkehrs sind mit FABI neu die Kantone zuständig. Im Verlaufe des Jahres 2014 mussten die Regionalverkehrskonzepte für 2030 beim Bund eingereicht werden.

Mit der Eingabe der Haltestelle Morgartenring im STEP Ausbauschritt 2030 beantragt die Region NWCH beim Bund, die Haltestelle Morgartenring bis spätestens 2030 zu realisieren.

Damit ist das Begehren geprüft und wurde beim Bund eingereicht.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.3 [2010/023](#); Postulat der Grünen-Fraktion vom 14. Januar 2010: Regio S-Bahn: Neuer Wendebahnhof Basel St. Johann und zusätzliche Haltestelle am Morgartenring; *überwiesen am 11/11/2010*

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 der Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI zugestimmt. Grundlage der Ausbauten ist das Strategische Entwicklungsprogramm STEP, welches alle 5 - 7 Jahre einen Ausbauschritt vorsieht, der vom Bundesparlament beschlossen wird.

Für die Planungen des Regionalverkehrs sind mit FABI neu die Kantone zuständig. Im Verlaufe des Jahres 2014 mussten die Regionalverkehrskonzepte für 2030 beim Bund eingereicht werden. Mit der Eingabe der Haltestelle Morgartenring im STEP Ausbauschritt 2030 beantragt die Region NWCH beim Bund, die Haltestelle Morgartenring bis spätestens 2030 zu realisieren. Als Wendebahnhof ist jedoch nicht der Bahnhof Saint-Louis, sondern ein neuer Bahnhof am EAP vorgesehen. Damit ist das Begehren geprüft und wurde beim Bund eingereicht.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.4 [2010/327](#); Postulat der Bau- und Planungskommission vom 23. September 2010: Ausbau und Finanzierung der Hafnenbahn (Südanbindung Auhafen - Schweizerhalle); *überwiesen am 13/01/2011*

Die Hafnenbahn Schweiz AG hat mit dem Bund die Leistungsvereinbarung 2013 - 2016 (LV 2013-16) am 14.03.2013 unterzeichnet. In die LV ist das Projekt "Südanbindung Auhafen - Schweizerhalle" aufgenommen und im Jahr 2016 mit dem geplanten Baubeginn mit einer ersten Finanzierungstranche hinterlegt worden. Die weiterführende Finanzierung ist Bestandteil der Leistungsvereinbarung 2017-2020, welche derzeit zwischen Bund und den Bahnen ausgearbeitet wird. Die neue Gleisverbindung zwischen Auhafen und Industrieareal Schweizerhalle ermöglicht einen Ringschluss zwischen den Bahninfrastrukturen des RB Muttenz, des Hafnenbahnhofs und dem Industrieareal Schweizerhalle.

Ebenso wurde in der LV 2013-2016 mit dem Bund festgelegt, die Stellwerksanlagen in den Hafenbahnhöfen Kleinhüningen und Birsfelden/Muttenz-Au durch neue elektronische Stellwerke zu ersetzen. Diese Massnahmen starten im Hafenbahnhof Kleinhüningen im 2016 und enden in Birsfelden/Muttenz-Au Ende 2019.

Diese Investitionen stärken den Wirtschaftsstandort und sind ein Beitrag an die Wirtschaftsoffensive Baselland.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.5 [2010/213](#); Postulat von Jürg Degen vom 20. Mai 2010: Wiederaufnahme von Gesprächen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Jura und Solothurn zum weiteren Vorgehen in Bezug auf den Bau des Wisenberg隧nels; überwiesen am 31/03/2011

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 der Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI zugestimmt. Grundlage der Ausbauten ist das Strategische Entwicklungsprogramm STEP. Der Bund hat darin die Projekte in zwei Dringlichkeitsstufen eingeteilt und bildet innerhalb der Dringlichkeitsstufen wiederum verschiedene Ausbauschritte. Der erste Ausbauschritt für die Zeit bis 2025 war Bestandteil der Vorlage, über die am 9. Februar abgestimmt wurde. Dank dem Einsatz der Nordwestschweizer Kantone und deren Bundesparlamentarier wurden in diesem ersten Ausbauschritt Gelder für die Planungsarbeiten zum 3. Juradurchstich eingestellt. Somit ist sichergestellt, dass die Planungsarbeiten vorangetrieben werden. Federführung hat dabei das Bundesamt für Verkehr, der Kanton Basel-Landschaft ist in die Planung einbezogen.

Der Bund zeichnet sich auch für die Finanzierung eines neuen Juradurchstichs verantwortlich. Voraussetzung dafür ist jedoch die Aufnahme in einen Ausbauschritt von STEP. Eine Vorfinanzierung ist entsprechend der neuen Gesetzgebung ebenfalls nur noch dann möglich, wenn das Vorhaben in einem Ausbauschritt von STEP Aufnahme findet.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.6 [2011/363](#); Postulat von Christoph Buser vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 1: Schaffung investitionsbereiter, strategischer Entwicklungsgebiete für Wertschöpfung; überwiesen am 03/05/2012

Die im Postulat formulierten Forderungen sind erfüllt. Salina Raurica, ABB Schoren, Birsfelden, Dreispitz, Allschwil, Baselink und Aesch Nord sind allesamt einer strukturierten strategischen Entwicklung zugeführt und teilweise sofort beziehungsweise bebaut. Dies wurde im Zwischenbericht Wirtschaftsoffensive der Regierung im Januar 2015 und im entsprechenden Areal-Dossier aufgeführt. Dementsprechend kann das Postulat abgeschrieben werden.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.7 [2012/045](#); Postulat von Balz Stüchelberger vom 9. Februar 2012: Domplatz Arlesheim: Kantonales Verwaltungszentrum in Kulturdenkmälern?; überwiesen am 29/11/2012

An der kantonalen Abstimmung vom 17. Juni 2012 wurden die kantonalen Vorlagen zur Änderung der Kantonsverfassung für die "Reorganisation der Behörden im Zivilrecht" und die "Organisation der Gerichte" die bisherigen Bezirksstrukturen aufzuheben (Projekt FOCUS und Reorganisation Bezirksgerichte) angenommen.

Die neue "Zivilrechtsverwaltung" wurde zentral organisiert und auf zwei Standorte in Arlesheim, Domplatz und Liestal, Eichenweg verteilt. Die fünf Bezirksgerichte wurden an zwei Standorten in Sissach, Hauptstrasse und Arlesheim, Domplatz untergebracht.

In den kantonseigenen Liegenschaften am Domplatz Arlesheim sind somit nach Auszug der Staatsanwaltschaft in das Strafjustizzentrum Muttenz die Zivilrechtsverwaltung, das Zivilkreisgericht West, ein Polizeiposten und das Bezirksgefängnis untergebracht.

Im Gefängnis sind total 34 Personen untergebracht. Die Plätze sind auch nach Inbetriebnahme des Gefängnisses Muttenz im Strafjustizzentrum unverzichtbar: Die Bedarfslage hat sich seit der letzten Pressemitteilung Ende 2013 und auch durch die Eröffnung des Gefängnisses in Muttenz im Juni

2014 nicht entspannt: nach wie vor ist es nicht vertretbar, ein bestehendes und funktionierendes Gefängnis zu schliessen. Einerseits wegen des anhaltend hohen Eigenbedarfs, andererseits weil eine solche Massnahme in den Nachbarkantonen wie auch in der übrigen Schweiz angesichts der andauernden Mangelsituation in den Vollzugsinstitutionen auf kein Verständnis stossen würde. Die Liegenschaften am Domplatz werden aus diesen Gründen mittelfristig weiterhin von der Verwaltung genutzt werden. Ein Auszug wäre mit hohen Investitionskosten in einen Neubau verbunden, was aufgrund der aktuellen Finanzlage nicht vertretbar ist. Der Regierungsrat hält am Standort Domplatz Arlesheim für die Zivilrechtsverwaltung, das Zivilkreisgericht West und das Bezirksgefängnis fest.

Am 16. Januar 2015 hat ein Gedankenaustausch mit dem Gemeinderat Arlesheim und dem Regierungspräsidenten Isaac Reber und der Regierungsrätin Sabine Pegoraro stattgefunden. Die Vertreter des Gemeinderates haben dabei einer kantonalen Nutzung des Domplatzes zugestimmt. Der Gemeinderat wird in diesem Sinne bis Ende März 2015 eine Stellungnahme zu Handen der Verwaltung verfassen.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.8 [2012/046](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Februar 2012: Prüfung einer Fusion von kantonalen Verkehrsunternehmen; überwiesen am 13/12/2012

Im Dezember 2013, im Zusammenhang mit Beteiligungsreport und Risikobericht hat der Regierungsrat - unter dem Titel Nutzung aller Synergien im öffentlichen Verkehr des Kantons Basel-Landschaft - die Prüfung einer vertieften Kooperation zwischen der BLT und der WB beschlossen. Daraus resultierte eine Statutenanpassung für beide Unternehmen betreffend den Verwaltungsrat (Beschränkung der Amtsdauer, Einführung einer Alterslimite). Am 17. Dezember 2013 hat der Regierungsrat die Transportunternehmungen Waldenburgerbahn AG (WB) und Baselland Transport AG (BLT) zur Nutzung aller Synergien im öffentlichen Verkehr des Kantons Basel-Landschaft mit einem Schreiben zur engsten Zusammenarbeit aufgefordert.

Im Rahmen der Erarbeitung und Ausformulierung der Eigentümerstrategien wurde erkannt, dass die engste Zusammenarbeit von WB und BLT in eine Absorptionsfusion münden soll. Die erkannten Synergien reichen bis in die technischen und betrieblichen Bereiche hinein. Gespräche dazu wurden vom Bundesamt für Verkehr positiv aufgenommen.

Weiter wurde auch erkannt, dass bei einer Minderheitsbeteiligung wie bei der Autobus AG Liestal (AAGL) keine Möglichkeiten bestehen, Fusionsabsichten umzusetzen. Der Bus-Verkehr lässt sich aber auch ohne Beteiligung direkt via Leistungsauftrag steuern. Daher die Schlussfolgerung, die Beteiligung an der AAGL abzustossen.

Die Eigentümerstrategien betr. der Transportunternehmen des Kantons Basel-Landschaft werden im Regierungsrat voraussichtlich im ersten Semester 2015 behandelt. Nach Beschluss der Eigentümerstrategien werden die entsprechenden Landratsvorlagen folgen.

Im Rahmen der Erarbeitung der Eigentümerstrategien der Transportunternehmen des Kantons Basel-Landschaft wurde das Thema Fusion von kantonalen Verkehrsunternehmen intensiv geprüft und diskutiert.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.9 [2012/241](#); Postulat von Claudio Botti vom 6. September 2012: Verkehrsentlastung für die Gemeinde Birsfelden; überwiesen am 28/02/2013

Die Studie für eine Verkehrsentlastung der Gemeinde Birsfelden liegt vor; sie wurde zusammen mit der Gemeinde Birsfelden und dem ASTRA erarbeitet. Sie sieht Massnahmen auf den Gemeindestrassen von Birsfelden und Verkehrsmanagement-Anlagen bei der Einfahrt nach Birsfelden vor, um letztendlich den Verkehr in Birsfelden zu verflüssigen bzw. verträglicher abzuwickeln. Die Resultate der Studie liegen der Gemeinde Birsfelden vor und wurden auch im Rahmen einer Gemeindeversammlung vorgestellt.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.10 [2012/252](#); Postulat von Christoph Buser vom 6. September 2012: HPL: Bäume statt Gewerberäume; überwiesen am 21/03/2013

Die mit dem Postulat geforderte Prüfung, welche Flächen theoretisch (unter Einhaltung der Verfahren) mittel- bis langfristig einer Bebauung zugeführt werden könnten, ist im Rahmen der Ausführungsprojektierung für die Grünflächen des Tunnel-Abschnitts des Projekts HPL erfolgt. Die Grünflächen sind Bestandteile des Kantonalen Nutzungsplans H2 Pratteln - Liestal (KNP HPL) und stellen auf Grund der Naturschutzgesetzgebung zwingend zu erstellende Ersatz- und Ausgleichsflächen dar. Die Gestaltung ist - unter Beachtung der bindenden Vorgaben des Kantonalen Nutzungsplans HPL (inklusive UVP) - so ausgeführt worden, dass eine allfällige Umnutzung nach Durchführung entsprechender Verfahren (s. u.) möglich wäre. Die Gestaltungsarbeiten sind abgeschlossen. Damit sind die direkten Postulatsinhalte erfüllt.

Für eine Umnutzung der Ersatz- und Ausgleichsflächen wäre zunächst eine Anpassung des KNP HPL, wiederum unter Nachweis der Umweltverträglichkeit und ggf. Schaffung von Ausgleich und/oder Ersatz, erforderlich. Anschliessend wären die kommunalen Zonenpläne anzupassen. Das Amt für Raumplanung trifft derzeit entsprechende Abklärungen im Hinblick auf die Interessen insbesondere der Stadt Liestal sowie im Hinblick auf die Zweckmässigkeit solcher Anpassungen.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.11 [2012/291](#); Postulat von Hanspeter Kumli vom 18. Oktober 2012: Hölstein, Bennwilerstrasse -Lichtsignalanlage; überwiesen am 11/04/2013

Die vom Postulanten geforderte Fussgänger - Lichtsignalanlage an der Bennwilerstrasse wurde realisiert und im Oktober 2014 in Betrieb genommen.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.12 [2013/118](#); Bericht der Petitionskommission vom 15. April 2013: Petition betreffend Verkehrsentslastung der Gemeinde Birsfelden; überwiesen am 16/05/2013

Die Studie für eine Verkehrsentslastung der Gemeinde Birsfelden liegt vor; sie wurde zusammen mit der Gemeinde Birsfelden und dem ASTRA erarbeitet. Sie sieht Massnahmen auf den Gemeindestrassen von Birsfelden und Verkehrsmanagement-Anlagen bei der Einfahrt nach Birsfelden vor, um letztendlich den Verkehr in Birsfelden zu verflüssigen bzw. verträglicher abzuwickeln. Die Resultate der Studie liegen der Gemeinde Birsfelden vor und wurden auch im Rahmen einer Gemeindeversammlung vorgestellt.

Antrag auf Abschreibung

2.3.1.13 [2012/384](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 12. Dezember 2012: Mit der Übernahme der Sekundarschulhäuser durch den Kanton hat sich die Parkplatzsituation in den Gemeinden grundlegend geändert und verschlechtert; überwiesen am 31/10/2013

Von Frau Regierungsrätin Sabine Pegoraro wurden am 12.12.2012 bereits alle im Postulat angesprochenen Überarbeitungen im Landrat angekündigt und die Umsetzung auf den 01.01.2013 avisiert.

Protokollauszug: "Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro (FDP) verweist darauf, dass es sich bei dieser Frage im Grunde genommen um eine verkappte dringliche Interpellation handelt. Anstatt auf die Punkte 1-10 einzeln zu antworten, soll dargestellt werden, was ab dem 01. Januar 2013 gilt. Ab diesem Zeitpunkt dürfen Anwohner und Besucher auf den vom Hochbauamt betreuten Parkplätzen bei Schul- und Verwaltungsbauten abends ab 18.30 Uhr bis morgens um 07.00 Uhr frei parkieren. Am Wochenende gilt die Regelung ab Freitagabend 18.30 Uhr bis Montagmorgen 07.00 Uhr. Das Hochbauamt will im nächsten Jahr Erfahrungen mit dieser Bestimmung sammeln. Es wird an die Schulleitungen Rundschreiben versenden, dass Lehrkräfte die Schulparkplätze benutzen und ihre Autos nicht auf den Gemeindestrassen abstellen."

Seit 01. Januar 2013 ist die von Regierungsrätin Sabine Pegoraro formulierte Regelung in Kraft.

Antrag auf Abschreibung

2.3.2 Motionen

2.3.2.1 [1998/192](#); Motion von Hansruedi Bieri vom 15. Oktober 1998: Wisenberg-tunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; *überwiesen am 04/03/1999*

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 der Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur FABI zugestimmt. Grundlage der Ausbauten ist das Strategische Entwicklungsprogramm STEP. Der Bund hat darin die Projekte in zwei Dringlichkeitsstufen eingeteilt und bildet innerhalb der Dringlichkeitsstufen wiederum verschiedene Ausbauschnitte. Der erste Ausbauschnitt für die Zeit bis 2025 war Bestandteil der Vorlage, über die am 9. Februar abgestimmt wurde. Dank dem Einsatz der Nordwestschweizer Kantone und deren Bundesparlamentarier wurden in diesem ersten Ausbauschnitt Gelder für die Planungsarbeiten zum 3. Juradurchstich eingestellt. Somit ist sichergestellt, dass die Planungsarbeiten vorangetrieben werden. Federführung hat dabei das Bundesamt für Verkehr, der Kanton Basel-Landschaft ist in die Planung einbezogen.

Mit dem Vierspurausbau des Bahnhofs Liestal, deren Projektierung sowohl die Stadt Liestal als auch der Kanton Basel-Landschaft begleiten, soll bereits bis 2025 der Konflikt bei der Vereinigung der Bahnstrecken, die vom Adlertunnel und von Frenkendorf her kommen, entschärft werden. Es ist eine aufwärtskompatible Lösung geplant, damit bei der späteren Realisierung eines neuen Juradurchstichs keine weiteren Anpassungen am Bahnhof Liestal nötig werden.

Sowohl für den Vierspurausbau Liestal als auch für einen neuen Juradurchstich übernimmt der Bund die Finanzierung. Voraussetzung beim neuen Juradurchstich ist jedoch die Aufnahme in einen Ausbauschnitt von STEP.

Antrag auf Abschreibung

2.4 Sicherheitsdirektion

2.4.1 Postulate

Keine

2.4.2 Motionen

Keine

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sport-direktion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 [2011/010](#); Postulat von Karl Willi-mann vom 13. Januar 2011: Einsitz von Basel-Landschaft im künftigen Eidgenös-sischen Hochschulrat; *überwiesen am 05/05/2011*

Die Forderung des Postulats wird mit dem Beitritt zum Hochschulkonkordat und mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) am 1. Januar 2015 erfüllt. Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) hat der Landratsvorlage 2014-253 „Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)“ einen Beschluss hinzugefügt, der festlegt, dass sich der Regierungsrat auch weiterhin für einen permanenten Einsitz des Kantons Basel-Landschaft im Hochschulrat einsetzen muss. Der Landrat hat der Vorlage und dem zusätzlichen Beschluss der BKSK am 11. Dezember 2014 zugestimmt.

Antrag auf Abschreibung

2.5.1.2 [2011/163](#); Postulat von Christian Steiner vom 19. Mai 2011: Freie Schulwahl durch die Hintertür - zu Lasten der Gemeinden; *überwiesen am 26/01/2012*

Im Gesetzesentwurf zur Familienergänzenden Kinderbetreuung (Landratsvorlage 2014-271; Jahresprogramm-Massnahme BKSD 2511.006) wird vorgeschlagen, dass die Gemeinden bei Bedarf Betreuungsangebote sicherstellen und dabei die Bestimmungen über den Schulort gemäss Bildungsgesetz

(GS 34.637, SGS 640) §§ 23 und 26 einhalten müssen. Zudem wird das Bildungsgesetz insofern angepasst, dass ein Kind nur die Schule in einer anderen Gemeinde besuchen darf, wenn es dort regelmässig betreut wird und die Wohngemeinde oder der Schulort kein Angebot für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellt. Vorbehalten bleiben zudem noch Vereinbarungen zwischen den Gemeinden. Mit dieser Änderung des Bildungsgesetzes wird das Anliegen des Postulates aufgenommen.

Antrag auf Abschreibung

2.5.2 Motionen

Keine

2.6 Landeskantlei / Kantonsgericht / Büro Landrat

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 [2005/058](#); Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005

National- und Ständerat haben am 27.9.11 bzw. 14.3.12 eine Motion überwiesen, die eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung fordert. Der Bundesrat hat hierzu eine informelle Konsultation durchgeführt, zu der sich der Regierungsrat gemäss RRB 2013/1530 geäussert hat.

Mangels Zustimmung der Kantone zu einem Konkordat sowie mangels Bundeskompetenz in diesem Bereich beantragt der Bundesrat dem Parlament in seinem Bericht vom 20.6.14 aber die Abschreibung der Motion. Als Folge dieses Berichts verlangt eine parlamentarische Initiative vom 26.9.14 nun die Schaffung einer Verfassungsgrundlage, die eine entsprechende Bundeskompetenz begründet. Sobald eine Vorlage auf Bundesebene beschlossen wird, wird ein Antrag auf Abschreibung des Postulates geprüft.

3.1.1.2 [2005/114](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespeisen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist spätestens Ende 2016 der Fall.

3.1.1.3 [2007/159](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung; überwiesen am 13/03/2008

Das Anliegen des Postulates musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.4 [2007/314](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung; überwiesen am 22/05/2008

Der Vorstoss musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.5 [2008/221](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabteilung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen; überwiesen am 11/12/2008

Das Anliegen des Postulats musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Im 2015 wird das Thema angegangen und das weitere Vorgehen bestimmt.

3.1.1.6 [2009/377](#); Postulat von Siro Imber vom 10. Dezember 2009: Personal für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; überwiesen am 11/11/2010

Das Postulat konnte im vergangenen Jahr aus Ressourcengründen wiederum nicht beantwortet werden. Der Bericht soll aber bis Mitte 2015 an den Landrat überwiesen werden.

3.1.1.7 [2010/340](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 14. Oktober 2010: Produktivitätskennzahlen in Rechnung und Budget des Kantons; überwiesen am 09/12/2010

Das Anliegen des Postulats musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.8 [2010/070](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse; überwiesen am 09/12/2010

Der Vorstoss musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.9 [2010/366](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 28. Oktober 2010: Klare gesetzliche Regelung für die Auflösung von Reserven und zweckgebundenen Rückstellungen; überwiesen am 13/01/2011

Das Anliegen des Postulats musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.10 [2010/009](#); Postulat der SP-Fraktion vom 14. Januar 2010: Armutsbericht Baselland; überwiesen am 24/02/2011

Mit der Behandlung des Vorstosses wurde zugewartet, bis entsprechende "Vorgaben" des Bundes und der SODK Ende 2012 vorlagen. Im Mai 2013 wurde eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Armutsberichts BL eingesetzt. Der externe Auftrag für die Ausarbeitung des Armutsberichtes wurde im Januar 2014 erteilt; der Bericht liegt verwaltungsin-tern vor, weshalb das Postulat spätestens im 1. Semester 2015 beantwortet werden kann.

3.1.1.11 [2010/096](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. März 2010: Grundlagen für Vorfinanzierungen; überwiesen am 24/02/2011

Der Vorstoss musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.12 [2010/214](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 20. Mai 2010: Grundlagen für die Gewährung vergünstigter Darlehen durch den Kanton; überwiesen am 31/03/2011

Der Vorstoss musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.13 [2010/297](#); Postulat von Franz Hartmann vom 9. September 2010: Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG, SGS 185); überwiesen am 14/04/2011

Wurde mit neuer Nr. 2011/193 nicht abgeschrieben und wird im Rahmen der Gesamtevaluation des Finanzausgleichs behandelt. Die damit verbundene Gesetzesänderung wird dem Landrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2015 zugeleitet werden.

3.1.1.14 [2010/344](#); Postulat von Regula Meschberger vom 14. Oktober 2010: Bericht über neue Aufgaben und deren Verteilung auf Kanton und Gemeinden und über allfällige Trägerschaftsänderungen bei bestehenden Aufgaben; überwiesen am 14/04/2011

Wird im Rahmen eines neuen Aufgabenteilungsgesetzes behandelt, das dem Landrat voraussichtlich 2016 zugeleitet werden wird. Die Verzögerung erfolgte, weil später weitere Vorstösse zur Aufgabenteilung und zu den Gemeindestrukturen eingereicht worden sind (z.B. 2012-323 bzw. 2012-149), so dass alle diese themenverwandten Vorstösse zusammen in einer Vorlage über das Gemeindestrukturengesetz behandelt werden.

3.1.1.15 [2010/368](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 28. Oktober 2010: Grassiert im Kanton eine Fachstellen-itis? überwiesen am 19/05/2011

Das Anliegen wird 2015 beantwortet.

3.1.1.16 [2010/401](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 25. November 2010: Richtige "Flughöhe" bei Finanzentscheidungen; überwiesen am 09/06/2011

Das Anliegen des Postulats musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.17 [2011/093](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 31. März 2011: Festlegung von verbesserten und verbindlichen Standards für die Abrechnung von Verpflichtungskrediten; überwiesen am 09/06/2011

Der Vorstoss musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.18 [2010/384](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 11. November 2010: Bildungsprogramme bzw. Deutschkurse für Asylsuchende; überwiesen am 23/06/2011

Der Abschlussbericht zur fides-Vorlage des Bundes (Sprachprogramm mit Bewertungssystem) wurde den Kantonen auch im Laufe des Jahres 2014 nicht zugestellt. Die erwarteten Aufschlüsse zu einer landesweiten einheitlichen Niveaueinrichtung bei der Erreichung der Deutschkenntnisse lagen somit nicht vor. Im Weiteren hat sich auch gezeigt, dass die geplante, gemeinsame Abhandlung von zwei Asylvorlagen in einer Vorlage nicht realisiert werden konnte. Die Vorlage wird deshalb im ersten Semester des Jahres 2015 ohne Resultate der fides-Vorlage des Bundes und wie üblich als Einzelantwort dem Landrat vorgelegt.

3.1.1.19 [2010/372](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 28. Oktober 2010: Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Basel-Stadt; überwiesen am 22/03/2012

Die personellen Ressourcen wurden für das Projekt "Stärkung der finanziellen Steuerung", das Entlastungspaket 12/15 sowie für die Optimierungsmassnahmen eingesetzt. Das Anliegen wird im 2015 bearbeitet.

3.1.1.20 [2011/338](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Schuldenbremse - Eine Weiterentwicklung der Defizitbremse; überwiesen am 22/03/2012

Der Vorstoss musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.21 [2011/335](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Anpassung des Planungsprozesses - Stärkung des Finanzplans; überwiesen am 29/03/2012

Das Anliegen des Postulats musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.1.22 [2011/364](#); Postulat von Christoph Buser vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 2: Schaffung von Investitions-Anreizen in der Steuergesetzgebung; überwiesen am 03/05/2012

Das Thema ist Teil der Unternehmenssteuerreform III (USR III): Gemäss Vorschlag des Bundesrats soll einerseits der Einschlag bei der Dividendenbesteuerung reduziert werden. Andererseits soll die Dividendenentlastung zwingend über das Teilbesteuerverfahren wie bei der direkten Bundessteuer erfolgen. Dies hätte im Kanton Basel-Landschaft einen Systemwechsel vom Teilatzverfahren zur Folge, was mit erheblichen Mehrbelastungen einkommensstarker Dividendenempfänger verbunden ist. Die Anliegen des Postulats sind im Zusammenhang mit der USR III in Verbindung mit einer allfälligen Reduktion der Steuerbelastung bei hohen Einkommen zu prüfen.

3.1.1.23 [2012/044](#); Postulat von Hanni Huggel vom 9. Februar 2012: Beschäftigung von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen im Strassenverkauf "Surprise"; überwiesen am 03/05/2012

Mit der Änderung der §§ 16 - 19 des kantonalen Sozialhilfegesetzes konnte dem Bedürfnis aus der Sozialhilfe nach einem leichteren Zugang zu Arbeitsmarktintegrationen und vor allem dem Wunsch nach einer Möglichkeit zur flächendeckenden, niederschweligen Beschäftigung in Form eines Tagesstrukturangebotes für alle Sozialhilfebezüger Rechnung getragen werden. Diese Anpassungen im Bereich der Förderungsprogramme und Beschäftigungen wurden im Sinne einer

Gleichbehandlung per 1. Januar 2014 ebenfalls in die kantonale Asylverordnung übernommen und in Kraft gesetzt. Dank dieser neuen gesetzlichen Grundlagen, ist das Verkaufen des Magazins "Surprise" somit allen Personen aus dem Asylbereich als Beschäftigung im Sinne einer Tagesstruktur erlaubt. Mit der Beantwortung der Vorlage wurde gewartet bis das Gesetz in Kraft ist und die ersten Erfahrungen im Umgang damit vorliegen. Im Weiteren hat sich auch ergeben, dass die geplante, gemeinsame Abhandlung von zwei Asylvorlagen in einer Vorlage nicht realisiert werden konnte. Die Vorlage wird deshalb im ersten Semester des Jahres 2015 wie üblich als Einzelvorlage dem Landrat vorgelegt.

3.1.1.24 [2012/149](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 24. Mai 2012: Gemeindestrukturen im Baselbiet zuerst die Untersuchung - dann das Rezept!; überwiesen am 29/11/2012

Der Vorstoss wird im Rahmen des Gemeindestrukturgesetzes abgehandelt, das im zweiten Halbjahr 2015 dem Landrat zugeleitet werden wird.

3.1.1.25 [2012/351](#); Postulat der BDP/glp-Fraktion vom 29. November 2012: Verkürzung Kündigungsfrist auf 6 Monate bei BLPK; überwiesen am 29/11/2012

Prioritär wurde die BLPK-Reform, die per 1.1.15 umgesetzt wird, bearbeitet. Das Anliegen wird im 1. Quartal 2015 bearbeitet.

3.1.1.26 [2012/148](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 24. Mai 2012: Finanz- und Investitionsrechnung unter einer Verantwortung; überwiesen am 29/11/2012

Das Thema wird 2015 in Zusammenarbeit mit der BUD bearbeitet.

3.1.1.27 [2012/194](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Eliminierung von Fehlanreizen bei den Ertragssteuern für Firmen; überwiesen am 24/01/2013

Das System der Unternehmensbesteuerung wird mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) grundlegend verändert werden. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der

Besteuerung juristischer Personen auf kantonaler Ebene kann geprüft werden, ob überhaupt Fehlanreize bestehen und wie diese allenfalls eliminiert werden könnten.

3.1.1.28 [2012/193](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Verkehrssteuern sollen Kosten der Strassenrechnung decken; überwiesen am 24/01/2013

Das Thema wird 2015 in Zusammenarbeit mit der BUD bearbeitet.

3.1.1.29 [2012/280](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 20. September 2012: Anpassung des Sozialhilfegesetzes zur Vermeidung von Missbrauchsfällen, Verpflichtungen zur Auskunftserteilung; überwiesen am 07/02/2013

Das Postulat wird, soweit möglich, im Rahmen der hängigen Teilrevision des Sozialhilfegesetzes umgesetzt.

3.1.1.30 [2012/261](#); Postulat von Urs Leugger vom 6. September 2012: Vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden in funktionalen Räumen - Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung gewährleisten; überwiesen am 07/02/2013

Der Vorstoss wird im Rahmen des Gemeindestrukturgesetzes abgehandelt, das im zweiten Halbjahr 2015 dem Landrat zugeleitet werden wird.

3.1.1.31 [2012/243](#); Postulat von Urs-Peter Moos vom 6. September 2012: "Mehr Gemeindefusionen im Baselbiet!"; überwiesen am 07/02/2013

Wird im Rahmen der Gesamtevaluation des Finanzausgleichs behandelt. Die damit verbundene Gesetzesänderung wird dem Landrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2015 zugeleitet werden.

3.1.1.32 [2012/254](#); Postulat von Oskar Kämpfer vom 6. September 2012: "Struktur Kantonsverwaltung"; überwiesen am 07/02/2013

Die Thematik Aufgabenteilung zwischen den Direktionen wird vom Regierungsrat umfassend bearbeitet. Dem Landrat wird in einer Vorlage bis Ende 2015 berichtet.

3.1.1.33 [2012/292](#); Postulat von Michael Herrmann vom 18. Oktober 2012: Gemeindestrukturen im Baselbiet Zweckgemeinden als zukunftsorientierte Lösung?; überwiesen am 28/02/2013

Der Vorstoss wird im Rahmen des Gemeindestrukturgesetzes abgehandelt, das im zweiten Halbjahr 2015 dem Landrat zugeleitet werden wird.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 [2006/007](#); Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; überwiesen am 11/05/2006

Das Anliegen der Motion musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet

3.1.2.2 [2007/270](#); Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich; überwiesen am 13/03/2008

Die Motion hätte mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden sollen. Diese Vorlage wurde aufgrund des anhaltend defizitären Staatshaushalts vom Regierungsrat aber nicht verabschiedet. Die Senkung der Vermögenssteuer kann erst thematisiert werden, wenn die in den nächsten Jahren umzusetzenden Optimierungsmassnahmen positive Wirkung zeigen.

Vorher fehlt dem Kanton Basel-Landschaft die finanzielle Handlungsfreiheit für Steuer-senkungen. Zudem sind in diesem Zusammenhang auch die noch nicht bekannten Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III zu berücksichtigen.

3.1.2.3 [2008/204](#); Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken; überwiesen am 11/12/2008

Die Motion hätte mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens-

und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden sollen. Diese Vorlage wurde aufgrund des anhaltend defizitären Staatshaushalts vom Regierungsrat aber nicht verabschiedet. Die Senkung der Vermögenssteuer kann erst thematisiert werden, wenn die in den nächsten Jahren umzusetzenden Optimierungsmassnahmen positive Wirkung zeigen. Vorher fehlt dem Kanton Basel-Landschaft die finanzielle Handlungsfreiheit für Steuersenkungen. Zudem sind in diesem Zusammenhang auch die noch nicht bekannten Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III zu berücksichtigen.

3.1.2.4 [2007/195](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden; überwiesen am 07/05/2009

Der Vorstoss wird im Rahmen der Gesetzgebung über die Brand- und Elementarschadenprävention abgehandelt, die im ersten Halbjahr 2015 in die Vernehmlassung geschickt werden wird.

3.1.2.5 [2009/227](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 10. September 2009: Überarbeitung der Finanzkompetenz von Regierung und Landrat; überwiesen am 14/10/2010

Das Anliegen der Motion musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.2.6 [2009/225](#); Motion von Christoph Buser vom 10. September 2009: Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene; überwiesen am 14/10/2010

Da die in Aussicht gestellte Abschreibung des Vorstosses nicht beschlossen wurde, wird das weitere Vorgehen im 2015 bestimmt.

3.1.2.7 [2009/149](#); Motion der SP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Ergänzungsleistungen für Familien; überwiesen am 14/10/2010

Die Behandlung des Vorstosses ist abzustimmen auf die nationale Armutsstrategie, die Ergebnisse des Armutsberichts BL sowie die finanzielle Situation des Kantons. Zudem hat eine Koordinationssitzung gezeigt, dass sich verschiedene komplexe und damit zeitintensive Fragestellungen ergeben, die eingehend bearbeitet werden müssen.

3.1.2.8 [2009/342](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 26. November 2009: Einheitliche Finanzstandards bei Landratsvorlagen; überwiesen am 11/11/2010

Das Anliegen der Motion musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.2.9 [2010/124](#); Motion von Isaac Reber vom 25. März 2010: Integrierte Finanz- und Investitionsplanung; überwiesen am 09/12/2010

Das Anliegen der Motion musste zunächst wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Das Thema wird seit 2014 im Rahmen des Projektes "Stärkung der finanziellen Steuerung" bearbeitet.

3.1.2.10 [2010/188](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 6. Mai 2010: Standesinitiative "Schweizerische Erdbebenversicherung"; überwiesen am 03/03/2011

National- und Ständerat haben am 27.9.11 bzw. 14.3.12 eine Motion überwiesen, die eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung fordert. Der Bundesrat hat hierzu eine informelle Konsultation durchgeführt, zu der sich der Regierungsrat gemäss RRB 2013/1530 geäussert hat. Mangels Zustimmung der Kantone zu einem Konkordat sowie mangels Bundeskompetenz in diesem Bereich beantragt der Bundesrat dem Parlament in seinem Bericht vom 20.6.14 aber die Abschreibung der Motion. Als Folge dieses Berichts verlangt eine parlamentarische Initiative vom 26.9.14 nun die

Schaffung einer Verfassungsgrundlage, die eine entsprechende Bundeskompetenz begründet. Sobald eine Vorlage auf Bundesebene beschlossen wird, wird ein Antrag auf Abschreibung der Motion geprüft.

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 [2007/064](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft; *überwiesen am 18/10/2007*

Postulat sollte mit der Vorlage 2013/043: Leitbild „Älter werden gemeinsam gestalten“ abgeschrieben werden. Landrat hat entschieden, den Vorstoss stehen zu lassen, bis die Umsetzung des Leitbildes weiter vorangeschritten ist.

3.2.1.2 [2008/235](#); Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen; *überwiesen am 07/05/2009*

Mit RRB Nr. 0751 vom 30. April 2013 hat eine Arbeitsgruppe am Konzept zur Umsetzung der Nationalen Strategie Palliative Care zu arbeiten begonnen. Eine Bestandesaufnahme erfolgte. Aus Ressourcengründen wurde die Konzeptentwicklung sistiert. Die Arbeiten sollen 2015 zu Ende geführt werden.

3.2.1.3 [2011/323](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 17. November 2011: Suizidprävention: Handlungsspielraum wirkungsvoller nutzen; *überwiesen am 29/03/2012*

Aufgrund knapper Ressourcen wurde die Erarbeitung dieser Vorlage zurückgestellt. Es werden ferner Empfehlungen der GDK, des BAG und der Gesundheitsförderung Schweiz abgewartet.

3.2.1.4 [2011/337](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Kantonale Strategie zur Spitalfinanzierung; *überwiesen am 29/11/2012*

Beantwortung ist 2015 vorgesehen.

3.2.1.5 [2012/115](#); Postulat der SP-Fraktion vom 19. April 2012: Von VGD zu VSD, Bildung Departement Volkswirtschaft und Soziales; *überwiesen am 13/12/2012*

Die Aufgabenteilung zwischen den Direktionen wird vom Regierungsrat umfassend bearbeitet. Dem Landrat wird in einer Vorlage bis Ende 2015 berichtet.

3.2.1.6 [2012/187](#); Postulat von Rahel Bänziger vom 21. Juni 2012: Offenlegung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Interessen in Spitälern; *überwiesen am 13/12/2012*

Die Vorlage wird im März 2015 dem Regierungsrat zur Verabschiedung unterbreitet.

3.2.1.7 [2012/245](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 6. September 2012: Arbeitsverbot für Asylsuchende mit Status N; *überwiesen am 11/04/2013*

Das noch in weiteren Asylvorstössen federführende Sozialamt hat seinerzeit vorgeschlagen, alle Vorstösse im Themenfeld in einem gemeinsamen Paket zu behandeln und dazu die Federführung zu übernehmen. Dem wurde zugestimmt. Die vorgeschlagene Paket-Vorlage Asyl befindet sich noch beim Sozialamt / FKD in Erarbeitung.

3.2.1.8 [2012/366](#); Postulat von Marie-Therese Müller vom 29. November 2012: Nationale Strategie Palliative Care; *überwiesen am 30/05/2013*

Mit RRB Nr. 0751 vom 30. April 2013 hat eine Arbeitsgruppe am Konzept zur Umsetzung der Nationalen Strategie Palliative Care zu arbeiten begonnen. Eine Bestandesaufnahme erfolgte. Aus Ressourcengründen wurde die Konzeptentwicklung sistiert. Die Arbeiten sollen in diesem Jahr zu Ende geführt werden.

3.2.2 Motionen

3.2.2.1 [2006/265](#); Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter; *überwiesen am 19/04/2007*

Die Motion wird gemeinsam mit der Motion 2011/359 von Marie Theres Beeler vom 15. Dezember 2011 behandelt (s. Kommentar 3. Zeile). Dazu hat die Regierung mit RRB Nr. 0839 am 3.6.14 ein entsprechendes Projekt: Reform zur Neustrukturierung der Pflege und Betreuung im Alter in Auftrag gegeben. Die Arbeiten sind unter Einbezug des VBLG im Gang.

3.2.2.2 [2012/072](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 8. März 2012: Standesinitiative für eine Überprüfung des eidg. Krankenversicherungsgesetz; *überwiesen am 29/11/2012*

Aufgrund knapper Ressourcen wurde die Erarbeitung dieser Vorlage zurückgestellt.

3.2.2.3 [2011/359](#); Motion von Marie-Theres Beeler vom 15. Dezember 2011: Für eine sinnvolle und sachgemässe Subventionierung von Einrichtungen der Betreuung und Pflege im Alter!; *überwiesen am 29/11/2012*

Die Motion wird gemeinsam mit der hängigen Motion 2006/265 der FDP-Fraktion vom 2. November 2006 bearbeitet. Dazu hat die Regierung mit RRB Nr. 0839 am 3.6.14 ein entsprechendes Projekt: Reform zur Neustrukturierung der Pflege und Betreuung im Alter in Auftrag gegeben. Die Arbeiten sind unter Einbezug des VBLG im Gang.

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 [2007/049](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren; *überwiesen am 24/01/2008*

Mit der Vorlage 2012/204 "Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz bei Tram- und

Bushaltestellen: Projektierungskredit" wurde dem Landrat detailliert aufgezeigt, wie die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt werden sollen. Aufgrund der Posteriorisierung im Investitionsprogramm konnte 2014 keine LRV für die Anpassung der öV-Infrastruktur an das BehiG vorgelegt werden. Trotzdem sind die Kantone und Transportunternehmungen verpflichtet die gem. BehiG geforderten Standards bis Ende 2023 umzusetzen. Damit ist die Grundforderung des Postulats erfüllt.

Im Zuge der Überprüfung der "Vereinbarung Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten" mit Basel-Stadt im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 wird dem Landrat zusätzlich aufgezeigt werden, welches alternative Angebot für mobilitätseingeschränkte Personen zur Verfügung steht und wie dieses angepasst werden kann.

3.3.1.2 [2007/254](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach; *überwiesen am 22/05/2008*

Im Rahmen der erfolgten Schwachstellenanalyse bzgl. Radrouten über den ganzen Kanton wurde Dornachbrugg als Schwachstelle anerkannt. Einfache Sofortmassnahmen sind aber nicht möglich.

Im Rahmen von ELBA wurde auch eine Veloschnellroute Dornach - Reinach mit mehreren Varianten geprüft, die die Schwachstelle Dornachbrugg deutlich verbessert. Ursprünglich war vorgesehen, das Anliegen im Zusammenhang mit der Vorlage ELBA, die bis Ende 2014 / anfangs 2015 dem Landrat überwiesen werden soll, abzuschreiben. Es hat sich nun gezeigt, dass dies thematisch nicht passt, deshalb wird nun 2015 eine separate Vorlage erarbeitet.

3.3.1.3 [2008/278](#); Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen; *überwiesen am 14/05/2009*

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.1.4 [2008/280](#); Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen; überwiesen am 28/05/2009

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.1.5 [2009/260](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 24. September 2009: Kantonsstrassen mit Durchgangsverkehr sollen innerorts attraktiver werden!; überwiesen am 11/11/2010

Die interne Richtlinie bezüglich Strassenbreite, das heisst, welche Begegnungsfälle von Fahrzeugen mit welchen Geschwindigkeiten auf welchen Strassentypen massgebend sind, wurde überarbeitet und wird im Februar 2015 in Kraft gesetzt. Weiter sollen die Erfahrungen der Projekte in Reinach und Allschwil, eher städtische Umfelder, ausgewertet werden. Diese Arbeiten sowie weitere parallele Arbeiten wie z.B. die Prüfung / Überarbeitung der Beleuchtungsrichtlinie werden im 2015 abgeschlossen, so dass ein einfacher Schlussbericht über alle Arbeiten und damit die abschliessende Behandlung mit einer Landratsvorlage bis anfangs 2016 möglich wird.

3.3.1.6 [2010/300](#); Postulat von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Finanzierung und Unterhalt von Bushaltestellen; überwiesen am 03/03/2011

Das Postulat wird zusammen mit den Motionen 2010/162 und 163 behandelt. Infolge der Sparmassnahmen und notwendigen Kürzungen im Investitionsprogramm konnte die vollständige Finanzierung durch den Kanton noch nicht geklärt werden da die Realisierung des behindertengerechten Umbaus der Bushaltestellen posteriorisiert wurden. Infolge dieser Posteriorisierung wurde auch das übergeordnete Konzept für den behindertengerechten Umbau inkl. Kostenschätzung zurückgestellt. Dieses Konzept sollte ca. Mitte 2015 vorliegen, so dass die Kostenfolgen der Motion besser abgeschätzt und die Finanzierung geregelt werden können. Somit kann die LRV erst Ende 2015 dem LR überwiesen werden.

3.3.1.7 [2010/242](#); Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 17. Juni 2010: Behinderten- und betagtgerechter ÖV; überwiesen am 31/03/2011

Mit der Vorlage 2012/204 "Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz bei Tram- und Bushaltestellen: Projektierungskredit" wurde dem Landrat detailliert aufgezeigt, wie die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt werden sollen. Aufgrund der Posteriorisierung im Investitionsprogramm konnte 2014 keine LRV für die Anpassung der öV-Infrastruktur an das BehiG vorgelegt werden. Trotzdem sind die Kantone und Transportunternehmungen verpflichtet die gem. BehiG geforderten Standards bis Ende 2023 umzusetzen. Damit ist die Grundforderung des Postulats erfüllt.

Im Zuge der Überprüfung der "Vereinbarung Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten" mit Basel-Stadt im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 wird dem Landrat zusätzlich aufgezeigt werden, welches alternative Angebot für mobilitätseingeschränkte Personen zur Verfügung steht und wie dieses angepasst werden kann.

3.3.1.8 [2011/110](#); Postulat von Rahel Bänziger vom 14. April 2011: Massnahmenplan für eine Radonsanierung der bekannten 10 belasteten Schulräume in Baselland; überwiesen am 17/11/2011

Die Radonproblematik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bund angegangen. 2011 verabschiedete der Bund einen nationalen Aktionsplan zum Schutz vor Radon. Darin ist vorgesehen von 2012 bis 2014 die gesetzlichen Grundlagen anzupassen und 2014 bis 2020 die in der neuen Gesetzgebung festgelegten Massnahmen umzusetzen. Insbesondere ist eine Verschärfung des bisherigen Richtwertes von 400 Bq/m³ und Grenzwert von 1000 Bq/m³ vorgesehen. Bis heute ist unklar, wo dieser Wert liegen soll. Zur Diskussion stehen Referenzwerte von 100 Bq/m³ oder 300 Bq/m³.

Trotz der unklaren Situation wie die neue Gesetzgebung aussehen soll, beschloss der Regierungsrat 2012 Messungen durchzuführen. Da Radon nur im Winter gemessen werden kann, erfolgten die Messungen der

Schulhäuser im Besitz des Kantons in den Wintermonaten 2013/2014. Vor allem auch, da die Sekundarschulen 2011 vom Kanton übernommen wurden und Sanierungsbedarf ansteht. 2014/2015 erfolgen Nachmessungen in den kantonseigenen Gebäuden und Messungen in den Schulbauten der Gemeinden und Kindergärten.

Der Bericht kann nach Vorliegen der Messresultate und des Massnahmenkatalogs zu Händen des Landrates erstellt werden.

3.3.1.9 [2011/156](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Mai 2011: Photovoltaik auf alle Gut- und Best-Dächer bei gegebener Wirtschaftlichkeit; überwiesen am 09/02/2012

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.1.10 [2011/154](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 19. Mai 2011: Sonnenkollektoren zur Warmwassererzeugung auf alle geeigneten Dächer; überwiesen am 09/02/2012

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.1.11 [2012/022](#); Postulat von Agathe Schuler vom 26. Januar 2012: Siedlungsentwicklung nach Innen ist intensiv zu fördern; überwiesen am 03/05/2012

Das Anliegen wird im Rahmen der Teilrevision Raumplanungsgesetz und mit der Anpassung des Kantonalen Richtplans angegangen. Die Vernehmlassung der Vorlage, welche auch die Motion 2012/069 betrifft, erfolgt im 2015, daher ist die Überweisung der Vorlage an den Landrat auf anfangs 2016 vorgesehen.

3.3.1.12 [2012/021](#); Postulat von Stephan Nigg vom 26. Januar 2012: Mobility Konzept Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 03/05/2012

Die Arbeiten an der kantonalen Mobilitätsstrategie sind weiter vorangeschritten. Daraus wird dann, wie bereits angekündigt, eine Mobilitätsstrategie für die kantonale Verwaltung abgeleitet. Mit dem Vorliegen einer ent-

sprechenden Landratsvorlage kann nach wie vor im 2016 gerechnet werden.

3.3.1.13 [2012/036](#); Postulat von Christoph Buser vom 9. Februar 2012: Neue Ansätze für die Wasserversorgungsplanung im unteren Baselbiet; überwiesen am 03/05/2012

Die direkte Trinkwasseraufbereitung von Rheinwasser oder eine gänzlich alternative Wasserversorgung im Kanton BL ist zu prüfen und diese der heutigen Trinkwasserentnahme im Hardwald gegenüberzustellen. Diese Prüfung erfolgt im Rahmen der Durchführung des Projektes "Regionale Wasserversorgung BL 21". Alle Teilprojekte sind in Bezug auf Qualität und Terminzeitplan auf Kurs. Die für die Beantwortung des Postulats relevanten Untersuchungsergebnisse und Abklärungen liegen bis Mitte 2016 vor und fliessen anschliessend in die LRV ein.

3.3.1.14 [2012/185](#); Postulat von Urs Leugger vom 21. Juni 2012: Einführung Mehrwertabgabe; überwiesen am 07/02/2013

Eine Landratsvorlage für ein Mehrwertabgabegesetz ist ausgearbeitet und hat das Mitberichtsverfahren durchlaufen. Die externe Vernehmlassung wird mutmasslich ab März 2015 durchgeführt, die Vorlage soll noch im Jahr 2015 dem Landrat überwiesen werden. Mit der Vorlage wird auch die Abschreibung der Postulate 2012/185 und 2012/259 zufolge Erfüllung beantragt.

3.3.1.15 [2012/259](#); Postulat von Hans Furer vom 6. September 2012: Einführung einer Mehrwertabgabe; überwiesen am 07/02/2013

Eine Landratsvorlage für ein Mehrwertabgabegesetz ist ausgearbeitet und hat das Mitberichtsverfahren durchlaufen. Die externe Vernehmlassung wird mutmasslich ab März 2015 durchgeführt, die Vorlage soll noch im Jahr 2015 dem Landrat überwiesen werden. Mit der Vorlage wird auch die Abschreibung der Postulate 2012/185 und 2012/259 zufolge Erfüllung beantragt.

3.3.1.16 [2012/238](#); Postulat von Thomas Bühler vom 6. September 2012: Überdachung Burgeinschnitt Liestal; überwiesen am 28/02/2013

Die Studie zur Überdeckung des Burgeinschnitts in Liestal konnte nur gemeinsam mit dem Vorprojekt der SBB für den Vier-spurausbau Liestal erstellt werden. Die Studie konnte deshalb erst im November 2014 fertiggestellt werden. Die Berichterstattung an den Landrat erfolgt deshalb im 2015.

3.3.1.17 [2012/192](#); Postulat von Guido Halbeisen vom 21. Juni 2012: Einspeiservergütung und Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Kanton Baselland; überwiesen am 28/02/2013

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.1.18 [2012/237](#); Postulat von Thomas Bühler vom 6. September 2012: "KEV" - Lösung BL zugunsten erneuerbarer Stromproduktion; überwiesen am 28/02/2013

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.1.19 [2012/387](#); Postulat von Felix Keller vom 12. Dezember 2012: Mit der Junior-karte in die Schule fahren!; überwiesen am 31/10/2013

Die Prüfung ist im Gange und es laufen entsprechende Gespräche und Abklärungen. Mit einer Berichterstattung kann voraussichtlich Mitte 2015 gerechnet werden.

3.3.1.20 [2013/010](#); Postulat von Christine Gorrengourt vom 10. Januar 2013: Busse stauen im Hardwald; überwiesen am 31/10/2013

Die Rheinstrasse zwischen Pratteln, Salinenstrasse und dem Anschluss Birsfelden weist hohen Instandsetzungsbedarf auf. Auf dieser Strecke verläuft auch eine kantonale Radroute; zudem dient die Strecke teilweise als Umfahrstrecke zur A2 für Fahrzeuge mit Ziel Richtung Delémont. Zudem soll gemäss Postulat der ÖV priorisiert werden. Um diese verschiedenen Anforderungen zu prü-

fen, muss ein Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) erarbeitet werden. Im Rahmen der Erarbeitung dieses Betriebs- und Gestaltungskonzeptes werden auch die Anliegen des Postulats geprüft. Der erforderliche Projektionskredit (BGK + Projektierung) ist für 2015 vorgesehen, so dass das BGK 2016 ausgearbeitet werden kann und die Beantwortung des Postulates per Ende 2016 vorliegen sollte.

3.3.1.21 [2013/050](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 7. Februar 2013: Energieplanung in den Gemeinden; überwiesen am 28/11/2013

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 [2008/091](#); Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrung auf dem EAP; überwiesen am 22/05/2008

Die Thematik wurde von Frau RR Sabine Pegoraro zusammen mit der Thematik der Risikoanalyse in den Verwaltungsrat des EuroAirport eingebracht und dort besprochen. Der Verwaltungsrat möchte in der Prioritätenordnung zunächst die Risikoanalyse angehen, bevor die Frage der Nachtflugsperrung auch mit allen wirtschaftlichen Konsequenzen eingehend untersucht wird; dies auch vor dem Hintergrund, dass der Ausgang des nach wie vor pendenten Steuerstreits den Betrieb des Flughafens beeinflussen kann.

3.3.2.2 [2009/229](#); Motion der Grünen-Fraktion vom 10. September 2009: Stopp der Lichtverschmutzung; überwiesen am 17/06/2010

Die Forderung ist analog dem Anliegen der Motion 2011/151. Am 13. Februar 2013 gab der Bundesrat bekannt, dass das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK prüfen wird, ob die Verordnung über den Natur- und Heimatschutz mit einer Bestimmung ergänzt werden könnte, die den Schutz der Arten und Lebensräume bezüglich mobiler und fester Beleuchtungsanlagen gewährleisten würde.

Zudem sollen Richtwerte zur Beurteilung der Schädlichkeit und Belästigung von künstlichem Licht in der Umwelt und für den Menschen erarbeitet werden. Die Schaffung von kantonalen gesetzlichen Grundlagen drängt sich angesichts der zurzeit laufenden Arbeiten beim Bund nicht auf. Es wird deshalb beantragt, die Motionen (2009/229 und 2011/151) stehen zu lassen, bis die Vollzugsgrundlagen des Bundes zur Verfügung stehen. Anschliessend soll über deren Einführung berichtet werden.

3.3.2.3 [2010/008](#); Motion von Agathe Schuler vom 14. Januar 2010: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Anschlusspflicht an Wärmeverbundanlagen; überwiesen am 11/11/2010

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.2.4 [2010/163](#); Motion von Felix Keller vom 22. April 2010: Finanzierung der Bushaltestellen auf Kantonsstrassen; überwiesen am 03/03/2011

Infolge der Sparmassnahmen und notwendigen Kürzungen im Investitionsprogramm konnte die vollständige Finanzierung durch den Kanton noch nicht geklärt werden da die Realisierung des behindertengerechten Umbaus der Bushaltestellen posteriorisiert wurden. Infolge dieser Posteriorisierung wurde auch das übergeordnete Konzept für den behindertengerechten Umbau inkl. Kostenschätzung zurückgestellt.

Dieses Konzept sollte ca. Mitte 2015 vorliegen, so dass die Kostenfolgen der Motion besser abgeschätzt und die Finanzierung geregelt werden können. Somit kann die LRV erst Ende 2015 dem LR überwiesen werden.

3.3.2.5 [2010/162](#); Motion von Petra Schmidt vom 22. April 2010: Trägerschaft der Erstellungskosten von Bushaltestellen; überwiesen am 03/03/2011

Infolge der Sparmassnahmen und notwendigen Kürzungen im Investitionsprogramm konnte die vollständige Finanzierung durch den Kanton noch nicht geklärt werden da die Realisierung des behindertengerechten Um-

baus der Bushaltestellen posteriorisiert wurden. Infolge dieser Posteriorisierung wurde auch das übergeordnete Konzept für den behindertengerechten Umbau inkl. Kostenschätzung zurückgestellt. Dieses Konzept sollte ca. Mitte 2015 vorliegen, so dass die Kostenfolgen der Motion besser abgeschätzt und die Finanzierung geregelt werden können. Somit kann die LRV erst Ende 2015 dem LR überwiesen werden.

3.3.2.6 [2011/086](#); Motion von Urs von Bidder vom 31. März 2011: Der notwendige Ausstieg aus der Atomenergie bedingt rigoroses Energie-Sparen; überwiesen am 19/05/2011

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.2.7 [2011/063](#); Motion von Andreas Giger vom 3. März 2011: Sichere Radwege im Laufental endlich realisieren!; überwiesen am 19/05/2011

Seit Oktober 2013 laufen die Bauarbeiten für die neuen Radstreifen zwischen Brislach und Zwingen. Die Realisierung des gesamten Projekts (inkl. Strassensanierung) wird voraussichtlich bis Mitte 2015 andauern. Zudem wurde ein Bauprojekt für einen abgetrennten Radweg zwischen Eggfluetunnel und Zwingen erarbeitet, eine Realisierung ist für ca. 2016/17 vorgesehen. Innerhalb von Zwingen soll die Radroute durch die Wohngebiete und anschliessend entlang der SBB nach Laufen führen. Damit kann eine sichere Linienführung für den Radverkehr von Grellingen nach Laufen abseits der H18 angeboten werden. Es ist vorgesehen, die Motion im Rahmen der nächsten Sammelvorlage abzuschreiben, wenn der Baubeginn für alle Arbeiten zwischen Grellingen und Laufen erfolgt ist.

3.3.2.8 [2011/155](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 19. Mai 2011: Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes; überwiesen am 09/02/2012

Abschreibung erfolgt mit der LRV zur Totalrevision Energiegesetz, welche im 2. Quartal 2015 in die Regierung geht.

3.3.2.9 [2011/151](#); Motion von Bruno Baumann vom 19. Mai 2011: Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen, Strom sparen; überwiesen am 03/05/2012

Die Forderung ist analog dem Anliegen der Motion 2009/229. Am 13. Februar 2013 gab der Bundesrat bekannt, dass das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK prüfen wird, ob die Verordnung über den Natur- und Heimatschutz mit einer Bestimmung ergänzt werden könnte, die den Schutz der Arten und Lebensräume bezüglich mobiler und fester Beleuchtungsanlagen gewährleisten würde. Zudem sollen Richtwerte zur Beurteilung der Schädlichkeit und Belästigung von künstlichem Licht in der Umwelt und für den Menschen erarbeitet werden. Die Schaffung von kantonalen gesetzlichen Grundlagen drängt sich angesichts der zurzeit laufenden Arbeiten beim Bund nicht auf. Es wird deshalb beantragt, die Motionen (2011/151 und 2009/229) stehen zu lassen, bis die Vollzugsgrundlagen des Bundes zur Verfügung stehen. Anschliessend soll über deren Einführung berichtet werden.

3.3.2.10 [2012/073](#); Motion von Felix Keller vom 8. März 2012: Umsetzung der Naturgefahrenkarte in der Nutzungsplanung; überwiesen am 03/05/2012

Es wurde bereits eine Landratsvorlage, eine Gesetzesanpassung vorsehend, ausgearbeitet und war bereits in der Vernehmlassung; die Vorlage soll so rasch als möglich dem Landrat überwiesen werden und geht daher in die Regierungssitzung vom 10.03.2015.

3.3.2.11 [2012/069](#); Motion der Bau- und Planungskommission vom 8. März 2012: Revision Raumplanungs- und Baugesetz; überwiesen am 29/11/2012

Das Anliegen der Motion wurde und wird durch andere Vorlagen partiell erfüllt (z.B. Solaranlagen in Kernzonen bereits erledigt; an einer Vorlage betr. Pflichtparkplätze wird derzeit durch Beantwortung einer Motion Lotti Stokkar 2012/244 gearbeitet; Verdichtungen werden im Rahmen der RPG-Anpassung abgehandelt), so dass noch ein kleiner Rest an abzuarbeitenden Punkten verbleiben wird.

Eine Vorlage dazu wird wegen anderen Priorisierungen erst anfangs 2016 vorliegen.

3.4 Sicherheitsdirektion

3.4.1 Postulate

Keine

3.4.2 Motionen

Keine

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 [2002/283](#); Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Die Finanzierung der Platzierung in Pflegefamilien wurde mit der Vorlage 2005/150 erfüllt. Die Frage der Finanzierung der familienbegleitenden Hilfsangebote wurde inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16; Jahresprogramm-Massnahme BKSD 2511.007). Der Regierungsrat hat im Mai 2013 alle zehn im Konzept entworfenen Handlungsempfehlungen zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zur Umsetzung beauftragt. Zwei der Handlungsempfehlungen zielen auf die Erfüllung dieses Postulates: Erstens soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eine Vorlage für die Änderung der Bestimmungen über die Jugendhilfe im Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz, SGS 850) ausarbeiten, die eine Gleichstellung definierter Leistungen der ambulanten Jugendhilfe durch anerkannte Anbieter mit derjenigen der stationären Jugendhilfe vorsieht. Zweitens soll als Grundlage für die gesetzliche Verankerung ein Leistungskatalog für Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe vorgelegt werden. Der Leistungskatalog liegt unterdessen vor. Die entsprechen-

de Gesetzesänderung wird in den Jahren 2015 und 2016 vorbereitet. Die lange Vorbereitungszeit ist notwendig, da die Frage der Mitfinanzierung der ambulanten und stationären Kinder- und Jugendhilfeleistungen durch die Gemeinden oder eines entsprechenden Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden und dem Kanton geklärt werden muss. Eine schnellere Erarbeitung der Gesetzesvorlage ist möglich, wenn der Kanton die Finanzierung der ambulanten Leistungen übernimmt. Das Postulat 2002/283 wird mit der Gesetzesvorlage zur Anpassung des Sozialhilfegesetzes behandelt.

3.5.1.2 [2005/271](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.3 [2006/101](#); Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat 2008/33, SP-Fraktion: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im Mai 2015 unterbreitet.

3.5.1.4 [2008/108](#); Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule; überwiesen am 30/10/2008

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.5 [2009/187](#); Postulat von Georges Thüning vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien; überwiesen am 24/09/2009

Ein Zwischenbericht zu den verschiedenen Massnahmen zur Förderung von Naturwissenschaft, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) ging anfangs Dezember 2014 an die Geschäftsprüfungskommission. Zur Erfüllung der Motion mit der Berichterstattung über die bereits eingeleiteten Massnahmen ist im ersten Quartal eine Landratsvorlage in Vorbereitung. Sie soll auch einen Kreditantrag enthalten zur Stärkung des Praktikumsunterrichtes in Natur und Technik.

3.5.1.6 [2008/251](#); Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule; überwiesen am 24/09/2009

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.7 [2008/333](#); Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung; überwiesen am 24/09/2009

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat 2006/101 von Christian Steiner: Eltern bilden statt Kinder therapieren behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.8 [2008/337](#); Postulat von Gerhard Hasler vom 10. Dezember 2008: Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage; überwiesen am 11/02/2010

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.9 [2008/109](#); Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte; überwiesen am 20/05/2010

Das Postulat wird mit der Landratsvorlage über das Gesetz über die Behindertenhilfe BL/ BS (Jahresprogramm-Massnahme BKSD 2511.009) behandelt. Die Vorlage soll bis

Ende Juni 2015 vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen werden.

3.5.1.10 [2009/232](#); Postulat von Christine Gorrengourt vom 10. September 2009: Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten; überwiesen am 25/11/2010

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.11 [2010/257](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 24. Juni 2010: Überprüfung des Stellenschlüssels der Schulsozialdienste; überwiesen am 31/03/2011

Der Stellenschlüssel der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wird hinsichtlich der Bildungsharmonisierung 2015/2016 überprüft. Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion führt ein Projekt zur Erarbeitung der Grundlagen und zur Vorbereitung des Entscheides. Der Regierungsrat wird über die Anpassung der Verordnung über den Schulsozialdienst auf der Sekundarstufe I und II (SGS 645.31 vom 16. März 2004) im Frühjahr 2015 entscheiden. Das Postulat wird im Rahmen dieser Verordnungsrevision bearbeitet.

3.5.1.12 [2010/416](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Heime und Sonderschulen - Kostenexplosion stoppen; überwiesen am 05/05/2011

Die Fragen der Steuerung der Kosten für Heimaufenthalte sowie der alternativen Angebote wurden inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basellandschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16; Jahresprogramm-Massnahme BKSD 2511.007). Der Regierungsrat hat im Mai 2013 alle zehn im Konzept entworfenen Handlungsempfehlungen zur Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zur Umsetzung gutgeheissen. Insbesondere zwei der Handlungsempfehlungen zielen auf die Erfüllung dieses Postulates: Erstens soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion die Verordnung über die Kinder- und Jugendhilfe dahingehend anpassen, dass die kantonale Verwaltungsstelle ihre Beitragszu-

sage mit einer materiellen Überprüfung verbindet. Zweitens ist sie beauftragt, Richtlinien für die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen beziehungsweise Standards für die Indikationsstellung zu erarbeiten mit dem Ziel, Alternativen zur stationären Jugendhilfe stärker in Betracht zu ziehen und bei der Wahl der Leistung die Kosten in den Entscheid einzubeziehen. Die Verordnung wurde per 1.1.2014 revidiert. Die neuen Grundlagen für die Indikationsstellung werden 2015 bei den indizierenden Stellen eingeführt. Das Postulat 2010/416 wird bezüglich Kosten für Heimaufenthalte mit dem Postulat 2002/283 und der geplanten Anpassung des Sozialhilfegesetzes zur Förderung der ambulanten Jugendhilfemassnahmen behandelt.

Zur Frage der Steuerung der Kosten der Sonderschulung:

Die kontinuierlich ansteigende Zahl Integrativer Sonderschulungen hatte bis Schuljahr 2011/12 keinen proportionalen Rückgang der Separativen Sonderschulung zur Folge. Das bedeutet, dass immer mehr Kinder Angebote der Sonderschulung in Anspruch nahmen. Seit dem Schuljahr 2012/13 ist mit der konsequenten Überprüfung vorgelagerter Angebote der Speziellen Förderung (Subsidiarität) ein deutlicher Rückgang der Separativen Sonderschulung und ein moderater, proportionaler Anstieg der Integrativen Sonderschulung feststellbar. Insgesamt ist die Zahl der Sonderschulungen seit dem Schuljahr 2012/13 leicht rückläufig.

Die Angebote der Speziellen Förderung und der Sonderschulung haben sich parallel und kumulativ entwickelt. Die Angebote beider Systeme sind bisher nicht aufeinander aufbauend und sind nicht subsidiär organisiert und genutzt worden.

Die Vorlage „Integrative Schulung“ zeigt die Kostenspirale auf, analysiert die zugrundeliegenden, systembedingten Mechanismen des Sonderschul- und damit des Kostenanstiegs und verlangt, dass die Zuweisung zu Verstärkten Massnahmen wie Spezialangebote, Kleinklassen oder Sonderschulung subsidiär erfolgt. Dies bedeutet: Erst wenn alle vorgelagerten, integrativen Förderangebote ausgeschöpft und nachweislich nicht ausreichend sind, kann eine Zuweisung in die Verstärkten Massnahmen erfolgen.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem Sonderschulbedarf kann nicht zahlenmässig begrenzt werden, aber die Systembedingungen können so definiert werden, dass die Zuweisung zu Verstärkten Massnahmen subsidiär – über die Steuerung der vorgelagerten Angebote - erfolgt.

Den Forderungen des Postulats bezüglich Kosten-Steuerung der Sonderschulung wird im Rahmen der Vorlage Integrative Schulung (neue Vorlage nach Rückweisung durch den Landrat) Rechnung getragen.

3.5.1.13 [2011/094](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 31. März 2011: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg; überwiesen am 09/06/2011

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.1.14 [2011/053](#); Postulat von Christine Gorrengourt vom 24. Februar 2011: Förderung der volkstümlichen Schweizer Musik in der Musikschule; überwiesen am 09/06/2011

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 [2003/188](#); Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen 13/11/2003

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.2.2 [2009/109](#); Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung; überwiesen am 12/11/2009

Infolge anderer Prioritäten wurde das Geschäft erneut verschoben. Die Landratsvorlage wird dem Parlament im I. Quartal 2015 unterbreitet.

3.5.2.3 [2009/005](#); Motion von Karl Willmann vom 15. Januar 2009: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen; überwiesen am 25/03/2010

Ein Zwischenbericht zu den verschiedenen Massnahmen betreffend Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) ging anfangs Dezember 2014 an die Geschäftsprüfungskommission. Zur Erfüllung der Motion mit Berichterstattung über die bereits eingeleiteten Massnahmen ist im I. Quartal 2015 eine Landratsvorlage vorgesehen. Sie soll auch einen Kreditantrag zur Stärkung des Praktikumsunterrichtes in Natur und Technik enthalten.

3.5.2.4 [2010/383](#); Motion von Rolf Richterich vom 11. November 2010: Anstellung Schulleitung: Mitsprache Lehrpersonen neu regeln; überwiesen am 05/05/2011

Der Entwurf der Landratsvorlage zur Umsetzung der Motion war bis Ende September 2014 im Vernehmlassungsverfahren. Der Regierungsrat wird dem Landrat die entsprechende Änderung des Bildungsgesetzes im I. Quartal 2015 zur Beschlussfassung vorlegen.

3.5.2.5 [2012/094](#); Motion von Sabrina Mohn vom 22. März 2012: Stärkung der MINT-Kompetenzen; überwiesen am 24/05/2012

Ein Zwischenbericht zu den verschiedenen Massnahmen betreffend Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) ging anfangs Dezember 2014 an die Geschäftsprüfungskommission. Zur Erfüllung der Motion mit Berichterstattung über die bereits eingeleiteten Massnahmen ist im I. Quartal 2015 eine Landratsvorlage vorgesehen. Sie soll auch einen Kreditantrag zur Stärkung des Praktikumsunterrichtes in Natur und Technik enthalten.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat

3.6.1 Postulate

3.6.1.1 [2009/062](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Lobbying für kantonale Anliegen beim Bund; *überwiesen am 22/04/2010*

In Erarbeitung, Vorlage an den Landrat im März 2015.

3.6.2 Motionen

3.6.2.1 [2010/369](#); Motion von Urs von Bidder vom 28. Oktober 2010: Gegendarstellungsrecht auch bei Behördenreferendum; *überwiesen am 09/06/2011*

In Erarbeitung, Vorlage an den Landrat im April 2015.

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 10. März 2015

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:
Isaac Reber

der Landschreiber:
Peter Vetter

Beilagen:

- Zur Abschreibung beantragte Postulate und Motionen